

ITH-Tagungsberichte 46

Die eine Welt schaffen

Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und „Internationaler Entwicklung“

Create One World

Practices of „International Solidarity“ and „International Development“

ITH-Tagungsberichte 46

Herausgegeben von der
International Conference of Labour and Social History (ITH)

Die eine Welt schaffen

Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und
„Internationaler Entwicklung“

Create One World

Practices of „International Solidarity“ and
„International Development“

Herausgegeben von Berthold Unfried und Eva Himmelstoss

im Auftrag der

International Conference of Labour and Social History (ITH)

Gedruckt mit Unterstützung des Instituts für Gewerkschafts- und AK-Geschichte



Akademische Verlagsanstalt
2012

ITH, A-1010 Wien, Wipplingerstraße 6–8 (Altes Rathaus)

ITH-Tagungsberichte 46:
47. Linzer Konferenz der International Conference of Labour and Social History,
29. September–2. Oktober 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

im Auftrag der
International Conference of Labour and Social History (ITH)
Gedruckt mit Unterstützung des Instituts für Gewerkschafts- und AK-Geschichte



© ITH, A-1010 Wien, Altes Rathaus
Satz: Volker Hopfner, Radebeul
Druck: Hubert & Co., Göttingen
Vertrieb: AVA, Akademische Verlagsanstalt, Oststraße 41, D-04317 Leipzig
Alle Rechte vorbehalten.
ISBN 978-3-931982-78-2

Inhalt/Contents

Einleitung/Introduction: Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und „Internationaler Entwicklung“ Berthold Unfried	7
Development and Solidarity. Conceptual Perspectives Reinhart Kössler	19
Solidarity, Development, and Non-Alignment: Foreign Economic Advisors and Indian Planning in the 1950s and 1960s David C. Engerman	39
The Dilemmas of Solidarity – East German Policies in Africa in the Age of Modernization Sara Lorenzini	57
Instrumente und Praktiken von „Solidarität“ Ost und „Entwicklungshilfe“ West: Blickpunkt auf das entsandte Personal Berthold Unfried	73
FDJ-Brigaden der Freundschaft aus der DDR – die <i>Peace Corps</i> des Ostens? Ulrich van der Heyden	99
Die Entwicklungspolitik Erhard Eplers (1968–1974) – Ein Beitrag zur internationalen Solidarität Michael Bohnet	123
Die <i>Friedrich-Ebert-Stiftung</i> und die spanischen Sozialisten im Übergang zur Demokratie (1975–1977) Antonio Muñoz Sánchez	139
Christian Doctrines and Practices of Solidarity in the 1960s Françoise Blum	157

„Aktive Solidarität“ – Überlegungen zu zivilgesellschaftlichen Praktiken der Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz Konrad J. Kuhn	169
Making Solidarity Effective. The Interaction Between Vietnamese Diplomacy and Solidarity Activists in the Mobilization for Vietnam in Belgium (1960s and Early 1970s) Kim Christiaens	187
Probleme der Algerien-Solidaritätsbewegung in Österreich Fritz Keller	211
Inhaltsangaben/Summaries	223
Zu den Autorinnen und Autoren/Notes on Contributors	228

Berthold Unfried

Einleitung: Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und „Internationaler Entwicklung“

„Arbeiterbewegungen und soziale Bewegungen als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung“ ist der Übertitel des Konferenzzyklus 2010–2012 der *International Conference of Labour and Social History* (ITH). Die zweite Konferenz aus diesem Themenbogen, die im September 2011 in Linz stattfand und die diesem Band zugrunde liegt, konfrontierte den Leitbegriff „Entwicklung“ mit jenem von „Solidarität“. „Entwicklung“ und „Solidarität“ gehören zweifellos zu jenen vieldeutigen Begriffen, die sich allgemein anerkannten oder auch klaren Definitionen entziehen.¹ Unter Praktiken von „Solidarität“ kann man von Kindererziehung und Altenpflege zwischen den Generationen, den Prinzipien wohlfahrtsstaatlicher Umlagesysteme im Versicherungswesen bis zu den Internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkriegs und verschiedenen Formen des Ressourcentransfers eine Bandbreite sozialen Handelns fassen, das schwer in einen inhaltlichen Rahmen zu bringen ist, der es sinnvoll erscheinen ließe, sie in einem Band zu versammeln.

In einer engeren Konzeption (Kössler nennt sie in seinem Beitrag „gruppenbezogen“) ist *Solidarität* ein nicht primär ökonomischem Kalkül unterliegender, nicht von einer geldlichen Logik erfassbarer Teil sozialer Aktivität. Sie geht nicht in *Altruismus* auf, also einer einseitigen Unterstützungsleistung, sondern ist ein Beitrag zum Erreichen eines gemeinsamen Ziels.² Sie begründet Beziehungen auf Gegenseitigkeit. In diesem Sinn bindet eine Solidaritätsleistung ihren Empfänger sozial.

1 Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt/M. 1998; Reinhart Kössler/Henning Melber, *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*, Frankfurt/M. 2002; Rainer Zoll, *Was ist Solidarität heute?* Frankfurt/M. 2000; Jens Beckert et al. (Hg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt/M.-New York 2004.

2 Siegfried Schieder, *Zur Theorie der Solidarität und internationalen Gemeinschaft*, in: Sebastian Harnisch/Hannes Maull/Siegfried Schieder (Hg.), *Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung*, Frankfurt/M.-New York 2009, 21.

Antonio Muñoz Sánchez

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die spanischen Sozialisten im Übergang zur Demokratie (1975–1977)

Unter den verschiedenen Krisenherden, die Südeuropa im Jahre 1974 aufzubieten hatte, verursachte die *Nelkenrevolution* in Portugal besondere Unruhe in der sozialliberalen Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die eventuelle Errichtung einer Volksdemokratie in diesem NATO-Staat gefährdete den europäischen *Status quo* und drohte, das Gelingen der *Ostpolitik* zunichte zu machen. Die als Fatalismus wahrgenommene Passivität der amerikanischen Regierung gegenüber dem sich radikalisierenden Übergang in Portugal steigerte die Sorge in Bonn.¹ US-Außenminister Henry Kissinger sah das Land schon Ende 1974 in den Händen der Kommunisten und als unwiederbringlich in die Moskauer Sphäre entglitten, wies daher jede Gegenmaßnahme vom Westen als sinnlos zurück und plädierte sogar in der Öffentlichkeit für seinen Ausschluss aus der Atlantischen Allianz.² Dieses Szenario vor Augen beschloss der Kanzler Helmut Schmidt sich an die Spitze einer europäischen Strategie zu setzen, deren Ziel die wirtschaftliche und politische Stabilisierung Portugals und somit seine Rettung für den Westen war. Kernstück dieser war eine massive Unterstützung der – gemäß der Bonner Sprache – „demokratischen Parteien“. Da die Sozialisten von Mario Soares die besten Chancen hatten, die Macht der Kommunisten zu brechen, wurden ihnen besondere Aufmerksamkeit und Hilfe zu Teil.³

Je mehr sich die Revolution in Portugal radikalisierte, desto mehr wuchs in der Bundesrepublik die Besorgnis um die Lage im iberischen Nachbarland. Dort herrschte totale Ungewissheit über die Zukunft nach dem Tode des schon

1 Antonio Muñoz Sánchez, Bonn et la réponse européenne à la révolution portugaise, in: Antonio Varsori/Guia Migani (eds.), *Europe in the International Arena during the 1970s. Entering a Different World*, Brussel 2011.

2 Mario Del Pero, A European Solution for an European Crisis. The International implications of Portugal's Revolution, in: *Journal of European Integration History* 15 (2009), 15-34.

3 Ana Maria Fonseca, The Federal Republic of Germany and the Portuguese Transition to Democracy, in: *Journal of European Integration History* 15 (2009), 35-56.

schwerkranken Diktators Francisco Franco. Der friedliche Zusammenbruch des portugiesischen Regimes hatte die Oppositionskräfte in Spanien aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt und nun träumten diese, die Diktatur durch politischen Druck zu stürzen. Diese übermütige Stimmung wusste die eurokommunistische *Partido Comunista de España* (PCE) von Santiago Carrillo auszunutzen. Im Sommer 1974 führte er in Paris die Gründung der sogenannten *Junta Democrática* herbei, der ein großer Teil der antifranquistischen Opposition beitrug.⁴ In den Augen der Regierung der Bundesrepublik handelte es sich bei der *Junta Democrática* um ein reines Instrument der Kommunisten und stellte somit ein enormes Hindernis für die friedliche Demokratisierung des Landes dar. Diese angestrebte Demokratisierung würde nur mittels eines Verhandlungsprozesses zwischen Regime und Opposition erfolgreich sein können. Zur Vermeidung eines Chaos-szenariums in Spanien beschloss die Bundesregierung, vorsorglich die nicht-kommunistischen Parteien zu unterstützen. Wie in Portugal sah sie auch beim iberischen Nachbarn den Schlüssel für einen friedlichen Übergang bei der gemäßigten Linken.⁵

Zu Beginn der 1970er Jahre war der spanische Sozialismus am Tiefpunkt seiner Geschichte angelangt. Die *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE), eine der ältesten Parteien Europas und Mitbegründerin der Sozialistischen Internationale, hatte sich längst in einen Club von Exilanten verwandelt, ohne jeglichen Einfluss in Spanien. Dieser Situation bewusst, hatte die deutsche Sozialdemokratie bereits Mitte der 1960er Jahre als erste in der Sozialistischen Internationale beschlossen, ihre Solidarität auf die Aktivisten der Anti-Franco-Bewegung im Inneren des Landes zu fokussieren. Diese Erfahrung war aber nicht besonders erfolgreich. Die neuen sozialistischen Gruppen, welche im Inneren wuchsen, waren extrem zersplittert und schwach. Nur die Madrider Gruppe um den hoch anerkannten Professor Dr. Enrique Tierno weckte in den Deutschen gewisse Hoffnungen und wurde daher durch die *Friedrich-Ebert-Stiftung* unterstützt. Die Gruppe bekam Finanzierung, Stipendien für Studenten in Deutschland und Bildungsseminare, so dass sie sich bis zu einer Partei mit dem Namen *Partido Socialista del Interior* (PSI) entwickelte. Weit entfernt von einer von der SPD und anderen sozialistischen europäischen Parteien gewünschten Annäherung und Verständigung beanspruchten PSOE und PSI die Führung des spanischen Sozialismus und bekämpften sich ohne jegliche Rücksicht auf Verluste. Die

4 Emanuele Treglia, *Fuera de las catacumbas. La política del PCE y el movimiento obrero*, Madrid 2012.

5 Antonio Muñoz Sánchez, *A European Answer to the Spanish Question. The SPD and the End of the Franco Dictatorship*, in: *Journal of European Integration History* 15 (2009), 77-93.

exzentrische Persönlichkeit von Enrique Tierno führte seine PSI aber zu unberechenbaren Schwankungen. Ende 1974 schloss sie sich der *Junta Democrática* an. Daraufhin stellte die *Friedrich-Ebert-Stiftung* ihre Unterstützung sofort ein, und die deutschen Sozialdemokraten verloren damit auch ihren Partner in Spanien. In der Zwischenzeit war es den Aktivisten der PSOE im Inland gelungen, die alte Kriegsgeneration im Exil aus dem Parteivorstand zu verdrängen. Im Oktober 1974 wählte der Parteikongress einen jungen Rechtsanwalt aus Sevilla, Felipe González, zum neuen Generalsekretär. Von nun an machte sich die Partei mit neuer Kraft daran, ihr eigentlich schon längst verloren gegangenes Prestige wiederzuerlangen.⁶

In der Hoffnung, nun mit der PSOE einen neuen Partner in Spanien zu haben, lud SPD-Vorsitzender Willy Brandt im April 1975 Felipe González nach Bonn ein. Der junge Andalusier überraschte die Gastgeber mit seiner scharfen Beobachtungsgabe zur Lage in Spanien sowie mit seiner konstruktiven und gemäßigten Einstellung. Das Regime, so González, sei solide und würde es auch über Francos Tod hinaus bleiben. Der Versuch, die Diktatur mit Druck von der Straße zu stürzen, so wie es den Kommunisten vorschwebte, käme einem Selbstmord gleich. Daher kam die PSOE erst gar nicht auf den Gedanken, der von Santiago Carrillos Partei gesteuerten *Junta Democrática* beizutreten. Die Demokratie, so González weiter, habe in Spanien nur eine Chance, wenn der von Franco designierte Nachfolger Prinz Juan Carlos die Armee und Ultras unter Kontrolle halten und sein Reformprojekt durchsetzen könne. Vorrangiges Ziel der PSOE während der Übergangsperiode sei, die Vormachtstellung innerhalb des linken Parteienspektrums wiederzuerlangen, welcher sich die PCE während der Diktatur bemächtigt hatte. Denn „der entscheidende politische Kampf nach Francos Tod wird zwischen den Kommunisten und Sozialisten stattfinden“, so González zu Brandt. Zur Erlangung ihres Ziels würden die spanischen Sozialisten alle nur erdenkliche Solidarität der europäischen Genossen brauchen. Die materiellen, logistischen und menschlichen Bedürfnisse der PSOE waren riesig. So verfügte die Partei zu diesem Zeitpunkt zum Beispiel gerade mal über zwei Funktionäre in ganz Spanien, während die PCE mehr als hundert hatte. Felipe González wünschte, auch von den anderen europäischen Parteichefs wie von Willy Brandt empfangen zu werden, um auf diese Weise in Spanien mehr Prestige zu erlangen. Darüber hinaus bat er die *Friedrich-Ebert-Stiftung* um Hilfe für die Ausbildung der Parteikader der PSOE und der Schwestergewerkschaft UGT.⁷

6 Patrik von zur Mühlen, *Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn 2007, 209 ff.

7 Berichte von Hans-Eberhard-Dingels (Abteilung Internationale Beziehungen der SPD) und Elke Sabiel (Internationale Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung) über die Gespräche von Felipe González in Bonn, 22.4. und 23.4.1975, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, SPD Parteivorstand 11843, 11491.

Die völlige Übereinstimmung der politischen Ziele der PSOE mit dem Wunsch der SPD, auf den kommenden Übergang in Spanien moderaten Einfluss zu üben, führte zusammen mit dem Vertrauen, das Felipe González in Willy Brandt geweckt hatte, dazu, die Unterstützung der PSOE zu einem zentralen Element der Spanienpolitik der sozialliberalen Regierung werden zu lassen.⁸ In den folgenden Tagen ließ die SPD der PSOE eine Beihilfe in Höhe von 50.000 DM zukommen. Ebenso ging die deutsche Schwesterpartei die Verpflichtung ein, alle für das Nachfolgejahr vorgesehenen Ausgaben zu finanzieren.⁹ Andererseits regte die Bonner Regierung das franquistische Establishment zum ersten Mal an, den Dialog mit der PSOE zu suchen. Dieser erfolgte durch Kanzler Helmut Schmidt persönlich während seines Treffens mit Premierminister Carlos Arias anlässlich des KSZE-Gipfels in Helsinki.¹⁰ Statt diesem Rat aber zu folgen, entzog der Premierminister Felipe González seinen Reisepass und verhinderte so, dass dieser seine von der SPD organisierte Promotionstour durch Europa antreten konnte.

Im November 1975, als Franco im Sterbebett lag, wandte die deutsche Regierung sich an den Prinz Juan Carlos, damit González durch dessen Vermittlung seinen Reisepass wiedererlange, um so dem Parteikongress der SPD in Mannheim beizuwohnen. Der Botschafter in Madrid wies den zukünftigen König darauf hin, dass die Erlaubnis zur Teilnahme des Parteichefs der PSOE ein deutliches Signal an das skeptische Europa sein würde, mit dem Juan Carlos seinen Willen und seine Befähigung unter Beweis stellen würde, mit der franquistischen Vergangenheit zu brechen und eine Ära der nationalen Versöhnung einzuleiten.¹¹ Letztendlich gelang es dem Prinzen, seinen Willen gegenüber dem Premierminister durchzusetzen, und Felipe González konnte in Mannheim die publizistische Bühne betreten, die ihm die SPD bot, um vor der europäischen Öffentlichkeit präsentiert zu werden.¹² González nutzte diesen Besuch in Mannheim auch dazu, die Zusammenarbeit mit der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zu konkretisieren.

8 Bernd Rother, Willy Brandt und die Demokratie in Europa: das Beispiel Spaniens, in: Andreas Wilkens (Hg.), Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung, Bonn 2010.

9 Eduardo López Albizu (PSOE Schatzmeister) an Hans-Eberhard Dingels, 30.5.1975, AdSD, SPD Parteivorstand 11491.

10 Bericht vom Bundeskanzleramt über das Gespräch Helmut Schmidt-Carlos Arias am 30. Juli 1975 in Helsinki, 4.8.1975, AdSD, SPD Parteivorstand 10901.

11 Botschafter Georg von Lilienfeld an das Auswärtige Amt über sein Gespräch mit Juan Carlos, 14.11.1975, Politisches Archiv – Auswärtiges Amt (PAAA), Berlin, Zwischenarchiv 110257.

12 Alfonso Guerra, Cuando el tiempo nos alcanza, Memorias (1940–1982), Madrid 2004, 195–200.

Es wurde vereinbart, den designierten Vertreter der Stiftung in Spanien, Dieter Koniecki, sofort in das Land zu entsenden, um dort vorab einen Arbeitsplan zu entwerfen.

Die Außenstelle der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Spanien

Die PSOE und UGT, welche Dieter Koniecki Ende 1975 kennen lernte, waren nur noch der Schatten jener Organisationen, welche bis zum Beginn des Bürgerkrieges die spanische Linke dominiert hatten. Die Partei hatte wenige Tausend Mitglieder und war nur in der Hälfte der Provinzen Spaniens vertreten. Die Infrastruktur der Zentrale in Madrid bestand aus der winzigen Kanzlei des Rechtsanwaltes Felipe González und einer angemieteten Wohnung, in der man sich traf, um Publikationen und Propaganda zu entwerfen. Die Gewerkschaft ihrerseits verfügte über eine vor kurzem angemietete – noch unmöblierte – Etage. Dank der Solidarität der europäischen Sozialisten war es der PSOE und der UGT in den letzten Monaten gelungen ihre Funktionäre auf zehn Personen zu erweitern. Die Lage war auch in anderen Teilen Spaniens, die Koniecki besuchte, nicht besser. Im Baskenland und in Asturien, den einzigen Regionen, wo die PSOE mit einem Minimum an Präsenz unter der Arbeiterklasse während der Diktatur aufwarten konnte, verfügte die Partei über keine Lokale. In Sevilla hingegen war die Situation zu diesem Zeitpunkt schon viel günstiger als im Norden, denn hier hatte die Gruppe um Felipe González, welche nun die Parteispitze dominierte, jahrelang gute Arbeit geleistet. Die Sozialisten waren in der Nachbarschaftsbewegung sowie in den Kooperativen für die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln sehr aktiv. In anderen Städten Andalusiens versuchte die Partei das Erfolgsmodell Sevillas zu imitieren, jedoch bis zu diesem Augenblick ohne Erfolg. In Katalonien war das linke Spektrum von der eurokommunistischen *Partit Socialista Unificat de Catalunya* (PSUC) fast monopolisiert. Die 120 Parteimitglieder der PSOE konnten sich in der selbstbewussten katalanischen Gesellschaft kaum Gehör verschaffen, da diese sie als einen „spanischen“ Fremdkörper wahrnahm. In Valencia wurde die Partei von jungen Pragmatikern geleitet, die dabei waren, sich der Mittelschicht zu öffnen. Hier wie in Andalusien hatte es allen Anschein, als ob die Partei bereit wäre, den Schritt zur Massenpartei zu vollziehen. In Toledo, einer Provinzhauptstadt unweit von Madrid, zählte das frisch gegründete Lokalkomitee der PSOE gerade eben 38 Mitglieder, deren Tätigkeit sich darauf beschränkte, Vorträge in der Wohnung des einen oder anderen Mitgliedes zu organisieren, Propagandamaterial zu verteilen und Artikel in der Lokalpresse zu platzieren. Die Lage in Toledo war beispielhaft für viele andere Provinzhaupt-

städte des Landes, in denen die PSOE nach vierzig Jahren Abwesenheit mit großer Mühe versuchte, wieder Fuß zu fassen. Trotz der außergewöhnlich prekären Lage der PSOE war Dieter Konecki nach Abschluss seines einmonatigen Besuches in Spanien davon überzeugt, dass diese „die einzige [der SPD] nahestehende politische Oppositionsgruppe in Spanien ist, die eine potentielle Massenpartei ist“, da sie über eine minimale Struktur verfüge und unter den Industriearbeitern verwurzelt sei. Die anderen sozialistischen Gruppen, inklusive der Partei von Enrique Tierno, seien im Grunde nichts anderes als Cliques mit einem Führer, die nicht über die für die Organisation eines Wahlkampfes notwendigen Mechanismen der Mobilisierung verfügten und nach den ersten Wahlen verschwinden würden.¹³

Nach einer detaillierten Analyse der Lage der PSOE entwarf Dieter Konecki in seinem Bericht einen Aktionsplan für die Arbeit der Stiftung in Spanien. Hierbei wurde der Verstärkung der schwachen Infrastruktur von PSOE und UGT höchste Priorität eingeräumt. Das beinhaltete für ihn insbesondere, dass „jede praktische Hilfsmaßnahme, einschließlich gesellschaftspolitischer Förderungsmaßnahmen durch Seminare und Schulungskurse (...) auf die Stärkung dieser Organisationsstruktur gerichtet [werden muss] und zwar in der Anfangsphase fast ausschließlich.“ Man müsste die Eröffnung von Partei- und Gewerkschaftsbüros in allen 52 Provinzen finanzieren und in jeder eine Person auf Vollzeit für die Organisation und Propaganda der Partei- und Gewerkschaftsarbeit freistellen, denn „ohne eine solche Minimalzahl von bezahlten Mitarbeitern ist die Schaffung einer geeigneten Wahlplattform kaum durchführbar“. Die Ausbildungs- und Fortbildungskurse der Provinzdelegierten und Verantwortlichen für Organisation und Propaganda in der Madrider Zentrale müssten die Themen Organisations-techniken, Gruppendynamik, Werbung, Techniken der Handhabung von Abzugs- und Setzmaschinen und sonstiger Minimalapparaturen in Wahlkampf büros, sowie Medien wie Radio und Fernsehen angehen. Als weitere unmittelbare Maßnahme wurde vom designierten Delegierten der *Friedrich-Ebert-Stiftung* die Verlegung von 50.000 Exemplaren einer Parteifibel im Taschenformat geplant, welche die wichtigsten Daten zu Geschichte, Struktur, Programm und Position im europäischen Sozialismus enthielt und an die neuen Parteimitglieder gerichtet war.¹⁴

13 Bericht von Dieter Konecki über seine Sondierungsreise nach Spanien, 13.12.1975, AdSD, Nachlass Bruno Friedrich 336.

14 Idem.

Nach diesem Reise- und Lagebericht von Dieter Konecki Ende Dezember 1975 beschloss die *Friedrich-Ebert-Stiftung*, ein Büro in Spanien zu eröffnen, und begann mit der Antragstellung für die Bewilligung der spanischen Regierung. Zu diesem Zwecke reisten die höchsten Verantwortlichen der Stiftung, Günter Grunwald und Alfred Nau, extra nach Madrid, um sich dort mit dem neu ernannten Innenminister und denkenden Kopf der ersten Regierung des Königs, dem Juristen Manuel Fraga, zu treffen. Kurze Zeit später reiste Fraga in die Bundesrepublik und erwiderte so den Besuch des Stiftungsvorstandes. Der Minister bewertete die Unterstützung der spanischen Sozialisten durch Willy Brandt und die deutsche Sozialdemokratie äußerst positiv. Die Konsolidierung einer moderaten sozialistischen Bewegung, welche der mächtigen PCE die Vormacht entreißen könnte, sei vordringlich für den Erfolg des Übergangs und die Stabilität der zukünftigen Demokratie in Spanien. Sein Land, so ließ der Minister in Bonn weiterhin verlautbaren, brauche „eine Gewerkschaftsbewegung à la DGB, und eine sozialistische Partei à la SPD“.¹⁵ Sowohl die *Friedrich-Ebert-Stiftung* als auch die anderen deutschen Parteistiftungen, welche sich zu diesem Zeitpunkt in Spanien niederlassen wollten, erhielten von Innenminister Fraga die Zusage, dass ihre Aktivitäten respektiert würden, obwohl die noch gültige franquistische Rechtslage dies eigentlich verbot.¹⁶ Die Stiftungen konnten ihre Präsenz in Spanien erst im Laufe des Jahres 1977 zusammen mit den spanischen Parteien und Gewerkschaften legalisieren.

Finanzielle Unterstützung und Ausbildung der Parteikader

Im Februar 1976 begann Dieter Konecki mit seiner Tätigkeit als Delegierter der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Spanien. Von der in seinem Bericht vorgeschlagenen Marschroute hatte die Leitung der Stiftung die finanzielle Unterstützung der UGT entfernt, da es sich hierbei ihres Erachtens um eine Aufgabe der europäischen Gewerkschaftsbewegung handelte. Konecki reiste mit Parteichefs der PSOE durch Spanien, und zusammen mieteten sie 27 Räumlichkeiten für die zu dem Zeitpunkt existierenden Provinzkomitees an. Jedes dieser Komitees würde ab dem 1. April auf Kosten der *Friedrich-Ebert-Stiftung* über eine verantwortliche

15 Aktennotiz von Elke Sabiel über den Besuch von Manuel Fraga im Hause der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. März 1976, 10.3.1976, Handakten Elke Sabiel.

16 Deutsche Botschaft in Madrid an das Auswärtige Amt, 26.3.1976, PAAA, Zwischenarchiv 110262.

Person für Organisation und Propaganda und eine halbtags angestellte Schreibkraft verfügen.¹⁷ In den nun folgenden Wochen machte sich die Parteiführung frenetisch an die Aufgabe der Neugründung der Partei. Auch wenn das neue Provinzkomitee nur über eine Handvoll Parteimitglieder verfügte, so hatte es doch sofort ein Parteibüro und eine verantwortliche Person für Organisation mitsamt Schreibkraft an seiner Seite. Auf diese Art und Weise gelang der PSOE eine schwindelerregende territoriale Expansion, ohne eigentlich nennenswert an Mitgliedern zu wachsen. Auf dem Parteikongress im Dezember 1976 hatte die PSOE schon Komitees in allen 52 Provinzen Spaniens, zählte aber nicht mehr als 8.000 Mitglieder.¹⁸ Dies entsprach einem Durchschnitt von 150 Personen pro Provinz. In den meisten Provinzen aber bestand die PSOE aus nichts weiter als der frisch konstituierten Parteileitung und einer Gruppe von Familienangehörigen und Freunden.

Zusätzlich zur vorrangigen Aufgabe der geographischen Expansion der Partei arbeitete Dieter Konecki schon sehr früh an der Stärkung der Mannschaft in der Parteileitung, welche mit der Organisation der Propaganda und des Wahlkampfes für die Wahlen betraut werden würde. Denn Wahlen würde des Königs Regierung über kurz oder lang ausschreiben müssen. Sie würden entscheidend für die Zukunft des demokratischen Prozesses sein, und die PSOE musste sich darauf konzentrieren, ein gutes Wahlergebnis einzufahren. Die Partei nutzte die wachsende Toleranz der Regierung gegenüber der nicht-kommunistischen Opposition und gründete im März 1976 die GmbH *Instituto de Técnicas Electorales* (Institut für Wahltechniken), dessen gesamte Ausstattung und Personal von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* getragen wurden. Wenige Tage später nahmen die Verantwortlichen des wahltechnischen Instituts in Deutschland an einem Seminar über Wahlkampftechniken und Propaganda teil. Die Organisation des Kongresses der UGT Ende April 1976 wurde zu ihrer Feuertaufe. Außerdem unterstützte der Delegierte der *Friedrich-Ebert-Stiftung* die Schaffung von Propagandabüros innerhalb jedes Provinzkomitees. Ihre Funktion war es, die PSOE propagandistisch vom Augenblick der Legalisierung bis zum Wahltag bis in den letzten Winkel des Landes zu lancieren.¹⁹

17 Bericht von Dieter Konecki über seine Tätigkeit in Spanien, 20.3.1976, AdsD, Nachlass Bruno Friedrich 1540.

18 Richard Gillespie, *Historia del Partido Socialista Obrero Español*, Madrid 1989, 334.

19 Bericht von Dieter Konecki über seine Tätigkeit in Spanien, 20.3.1976, AdsD, Nachlass Bruno Friedrich 1540.

Die direkte finanzielle Unterstützung der Genossen war der sensibelste Aspekt der Arbeit der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und der anderen deutschen politischen Stiftungen in Spanien.²⁰ Sie wurde aus Gründen der Vertraulichkeit ausschließlich mit Felipe González und seiner rechten Hand, Alfonso Guerra, dem Organisationssekretär, verhandelt. Die restlichen Mitglieder der Parteileitung der PSOE, berichtete Konecki an die Leitung der Stiftung in Bonn, „wissen zwar von unserem grundsätzlichen ‚solidarischen Beitrag‘, nicht aber über dessen Höhe und Form.“²¹

Neben der finanziellen Beihilfe zur geographischen Expansion und der Konsolidierung der Parteizentrale nahm der Delegierte der *Friedrich-Ebert-Stiftung* im Frühjahr 1976 eine weitere Aufgabe von grundlegender Bedeutung für die PSOE in Angriff: das Abhalten von Seminaren und Kursen für die Ausbildung der Parteikader. Die meisten dieser Kurse dienten der Schulung der Organisationssekretäre der Provinzkomitees und wurden hinter verschlossenen Türen abgehalten. Ganz andere Konturen aber nahm das wichtigste Seminar an, das die Stiftung in Spanien während 1976 abhielt: die Sommerschule der PSOE in El Escorial. In diesem Fall war nicht so sehr der Inhalt als die Verpackung das Entscheidende. Seit 1936 hatte die Partei in Spanien keine Sommerschule mehr durchgeführt und würde deshalb auf großes öffentliches Interesse stoßen. Genau aus diesem Grunde aber musste die Beteiligung der Stiftung vollkommen verdeckt sein. Ein dreitägiges Vorseminar, in dem Techniken der Gruppendynamik vermittelt wurden, diente als Vorlauf für eine perfekt inszenierte Veranstaltung. Die Medien präsentierten das Event als Beweis dafür, dass die historische PSOE während des vierzig Jahre andauernden franquistischen Winters nicht nur ihre ideologischen Essenzen zu wahren gewusst hatte, sondern auch die Fähigkeit zur Kaderbildung und -organisation, was für den komplexen Prozess des Wiederaufbaus der Demokratie in Spanien besonders wichtig war. In Wirklichkeit handelte es sich hierbei um eine 100%ige Veranstaltung der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, denn sie hatte die Finanzierung, die Logistik und die Inhalte beigesteuert. Dass Presse, Radio und Fernsehen und auch fast alle Teilnehmer dies nicht wussten, wurde sowohl von Dieter Konecki als auch von der Parteispitze der PSOE begrüßt. Letztere bat Konecki, die Sommerschule als Modell für eine zukünftige „diskrete Zusammenarbeit“ anzusehen.²² Dank der *Friedrich-Ebert-Stiftung*

20 So auch in Portugal. Dazu Matthias Stenger, *Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht*, Düsseldorf 2011, 282 ff.

21 Bericht von Dieter Konecki über seine Tätigkeit in Spanien, 20.3.1976, AdsD, Nachlass Bruno Friedrich 1540.

22 Bericht von Dieter Konecki über die Sommerschule der PSOE, 3.9.1976, AdsD, Nachlass Bruno Friedrich 1540.

konnte die PSOE in diesem Jahr 1976 noch eine weitreichende Kaderausbildung initiieren, die vom Niveau her nur mit den Fortbildungen der PCE vergleichbar war.²³ Letztendlich waren die Fortbildungsarbeit und die Unterstützung des sozialen Dialogs die größten Beiträge der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zur Stärkung der PSOE als Massenpartei. Sie organisierte zwischen 1976 und 1981 über 2.000 Seminare, Symposien und Versammlungen, die meisten von ihnen für die mittleren Kader der PSOE und UGT.²⁴

Politische Ziele der Hilfe der *Friedrich-Ebert-Stiftung* an die PSOE

Dieter Konecki plante seine Arbeit in Spanien mit zwei sich ergänzenden Hauptzielen: zum einen, die PSOE auf ein gutes Resultat in den ersten demokratischen Wahlen hin vorzubereiten, und zum anderen, die Vormachtstellung der Gruppe um den Parteichef Felipe González innerhalb der Partei zu stärken. Denn dieser galt als Garant für die Einhaltung einer moderaten Linie innerhalb der Partei, der außerdem keine „Einheitsfrontkonstruktion“ mit den Kommunisten eingehen würde. Dieser doppelte Effekt der Arbeit mit der PSOE sollte gemäß Konecki der entscheidende Beitrag der *Friedrich-Ebert-Stiftung* zu einem friedlichen Übergang Spaniens zur Demokratie sein. Felipe González hatte schon seit seinem ersten Treffen mit der SPD-Führung im Jahre 1975 die Stärkung der PSOE und ihre klare Abgrenzung von der PCE deutlich als Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung Spaniens nach Francos Tod herausgestellt. Nur eine flexible und zum Dialog bereite Opposition könne die notwendigen Reformen gemeinsam mit der Regierung der Monarchie angehen. Eine vereinte Front der Opposition – so wie von der *Junta Democrática* gefördert – würde, so González, die Verständigung zwischen Regierung und Opposition unmöglich machen und die soziale und politische Lage derart anspannen, dass das Land unrettbar in eine Katastrophe wie die der 30er Jahre schlittern könne.²⁵ Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* war sehr beunruhigt darüber, dass das Wachsen der Partei nicht mit einer Schwächung der moderaten Linie der Parteiführung einherginge. Das wird in der Analyse Koneckis vom Kongress der sozialistischen Gewerkschaft UGT im April 1976 deutlich zum Ausdruck gebracht:

23 Bericht von Dieter Konecki über die PSOE vor ihrem XXVII Kongress, 4.12.1976, AdsD, DGB Archiv 24/1371.

24 Fundación Friedrich Ebert, 20 años de la Fundación Ebert en España, Madrid o.A. [1996], 22.

25 Bericht von Eugen Loderer (Vorsitzender der IG Metall) anlässlich seines Besuches in Lissabon und Madrid, Februar 1976, AdsD, DGB Archiv 24/1370.

„Der UGT Kongress zeigte sehr deutlich, dass die Gruppe um Felipe González (...) keinen leichten Stand hat. (...) Entscheidend für seine Wiederwahl und damit auch für die Beibehaltung eines gemäßigten Linkskurses mit einer stärkeren Abgrenzung zu der KP dürfte für ihn die möglichst rasche Schaffung eines Netzes von Provinzzentren sein, die von der Zentrale ‚sanft‘ gesteuert werden und (...) dadurch eine Schlüsselfunktion bei der Eruierung von Stimmungen in den Provinzen einnehmen werden, aus denen das Gros der Delegierten stammt. [Vom] Ausgang des Kongresses, der eng mit der Wiederwahl der Person Felipes verbunden ist, [wird] die politische Linie des spanischen demokratischen Sozialismus abhängen. Ist diese Wiederwahl sichergestellt und gleichzeitig eine ihm positiv eingespielte Infrastruktur der Partei konsolidiert, so kann die PSOE zur großen eigenständigen Partei des spanischen Sozialismus werden. Gewinnen die Ideologen die Oberhand, so erhalten auch alle Experimente, die sich mit Einheitsfrontkonstruktionen aller ‚antifaschistischen Demokraten‘ befassen, Aufwind und damit langfristig Volksfrontprojekte, in denen die PSOE kaum eine Chance hat, an der Seite einer zweifellos erfahreneren Organisationsmaschinerie, wie die der KP Spaniens, zu bestehen. Eine selbstsicher agierende eigenständige sozialistische Partei hingegen würde sehr schnell zum großen Integrationsmittelpunkt werden, dem sich auch sehr schnell die großen sozialistischen Persönlichkeiten anschließen würden, die momentan noch abwarten oder noch eigene Wege gehen [wie] Enrique Tierno.“²⁶

Ganz auf der Linie der Gedanken des Delegierten der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, nahm Felipe González persönlich in den folgenden Monaten intensiv an der Neugründung der Territorialstruktur der Partei teil. In Dutzenden von Städten wiederholte sich immer wieder das gleiche Ritual. Eine Gruppe von progressiv denkenden Personen versammelte sich in einem Restaurant zum Abendessen mit Felipe González. Nach einer mehrstündigen Debatte schlug man ihnen vor, doch an Ort und Stelle einen Ortsverein der PSOE zu gründen. Dank der Initiative von González konnte die PSOE bald auch in solchen Regionen wieder auftrumpfen, in denen vor 40 Jahren alles zum Erliegen gekommen war. Wie von Dieter Konecki erhofft, nahm der größte Teil der neuen Parteiführung auf lokaler und Provinzebene – sie kamen in diese Funktionen durch den simplen Erwerb des

26 Bericht von Dieter Konecki über die politische Lage in Spanien, 11.5.1976, AdsD, DGB Archiv 24/1368.

Parteibuches – die Führung Felipe González als naturgegeben an und beachteten kaum den kritischen Sektor der Partei. Damit war die Wiederwahl des Generalsekretärs auf dem nächsten Partei-Kongress gesichert.²⁷

Im Verlauf des UGT-Kongresses bemerkte Koniecki, welch wichtigen Beitrag die Gewerkschaft für einen Sieg der Moderaten auf dem im selben Jahr geplanten Parteikongress leisten konnte. Im Gegensatz zur Partei, welche von jungen, durch die Lektüre marxistischer Autoren radikalisierten Studenten dominiert war, bestand die Gewerkschaft zum größten Teil aus Arbeitern, die mit beiden Füßen fest im Leben verankert waren. Je mehr Delegierte aus der Arbeiterschaft kämen, umso geringer würde der Einfluss der prokommunistischen *Intelligentsia* und desto größer die Unterstützung für die Gruppe um González sein. Damit diese Art von gewerkschaftlicher Lobby aber ihr Gewicht während des Parteikongresses zur Geltung bringen könne, war wiederum die Stärkung der bis dahin ziemlich schwachen Territorialstruktur der UGT unabdingbar. Daher schlug Koniecki der Stiftungsleitung vor, die Entscheidung, den Wiederaufbau der UGT nicht zu finanzieren, doch zu überdenken. Sein Vorschlag wurde akzeptiert, und von Juni 1976 an trug die *Friedrich-Ebert-Stiftung* auch zum rasanten Prozess der Neugründung der UGT in ganz Spanien bei.²⁸ Diese Unterstützung war insbesondere in Hinsicht auf die Ausbildung der Gewerkschaftskader grundlegend, denn im Gegensatz zur PSOE mangelte es der UGT an einer „dynamischen Führungspersönlichkeit“, welche die Unterweisungen Konieckis selbständig in die Fortbildungstätigkeiten der Gewerkschaft übertragen konnte. In der UGT überwogen die „handwerklichen Autodidakten, für die pädagogische Fragen oder jede methodische Systematik als lebensfremd und als Erfindung arbeitscheuer Intellektueller“ galt.²⁹ Diese Situation der Unfähigkeit zur Planung der Fort- und Ausbildungen der eigenen Kader hielt lange Zeit an und führte zu einer Verlagerung des Einsatzes der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Spanien von der PSOE zur UGT.

Der im Dezember des Jahres 1976 abgehaltene Kongress der PSOE konsolidierte die Vormachtstellung von Felipe González und seiner Gruppe innerhalb der Partei und bedeutete eine Niederlage des linken Parteiflügels.³⁰ Aber die Verankerung einer äußerst zentralisierten Struktur rund um den Generalsekretär

27 Alfonso S. Palomares, Felipe González. El hombre y el político, Barcelona 2005, 153-154.

28 Bericht von Dieter Koniecki über seine Tätigkeit in Spanien, 28.10.1976, AdsD, IG Metall Archiv 1608.

29 Bericht von Dieter Koniecki über das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, 10.1.1977, AdsD, FES Hausakten 10749.

30 Santos Juliá, Los socialistas en la política española, Madrid 1997, 469 ff.

war die Kehrseite der Medaille. Sogar einige führende Stimmen aus dem moderaten Parteiflügel hatten diese Situation in der Öffentlichkeit kritisiert und den harten Kern der Parteiführung als „unbewusste Stalinisten“ bezeichnet.³¹ Der Mangel an interner Demokratie und die charismatische Führung rund um Felipe González könnten die Umwandlung der eigentlich doch noch sehr kleinen PSOE in eine solide Partei mit einer breiten Basis und echten „Verankerung“ in der Gesellschaft gefährden. Dieter Koniecki fürchtete die Wiederholung der italienischen Situation für Spanien. Dort nämlich monopolisierte die KPI die linken sozialen Bewegungen. Um dieses Szenario zu verhindern, setzte der Delegierte der *Friedrich-Ebert-Stiftung* seine Hoffnungen vor allen Dingen auf die Länderfürsten der PSOE. Er hatte sie alle sowohl in den von der Stiftung organisierten Seminaren als auch auf den jeweiligen Provinz- und Regionalkongressen kennen gelernt und war sich sicher, dass sie sich nicht ohne Weiteres der erstickenden Kontrolle aus Madrid unterwerfen würden. In Konieckis Augen würden diese Länderfürsten alsbald eine sehr positive Dynamik in die Partei einbringen. Mit exzessivem Optimismus vertraute Koniecki darauf, dass es in der PSOE bald „viele Felipes und weniger Felipistas“³² geben würde.³³

Auf zur Wahl!

König Juan Carlos erzwang noch im Juli 1976 den Rücktritt des reformunwilligen Premierministers, Carlos Arias, und ernannte Adolfo Suárez zu seinem Nachfolger. Dieser gab der Demokratisierung den letztendlich entscheidenden Impuls. Er legte dem franquistischen Parlament zum allgemeinen Erstaunen einen Gesetzesentwurf vor, welcher die Legalisierung aller politischen Parteien und die Ausschreibung von Neuwahlen vorsah. Überraschenderweise stimmten die franquistischen Abgeordneten dem Gesetz zu, das im Grunde ihre eigene Abschaffung bedeutete. Nur Wochen später stimmte ihm auch das spanische Volk in einer von der Regierung durchgeführten Volksabstimmung zu. In dieser vom absoluten Erfolg des Premiers Adolfo Suárez dominierten Stimmung setzte nun die PSOE im Dezember 1976 ihren Kongress als Werbeplattform für die inzwischen schon

31 Francisco Bustelo, Gregorio Peces-Barba, Ciriaco de Vicente, Virgilio Zapatero, Partido Socialista Obrero Español, Barcelona 1976, 74.

32 Mit dem Ausdruck „Felipistas“ bezieht Dieter Koniecki sich auf die PSOE-Mitglieder, die Felipe González kritiklos folgten.

33 Bericht von Dieter Koniecki über die Lage der PSOE, o.A. [April 1977], AdsD, DGB Archiv 24/1369.

ausgeschriebenen Neuwahlen in Szene. In Madrid versammelten sich europäische Persönlichkeiten wie Willy Brandt, Olof Palme, François Mitterrand, Pietro Nenni und viele andere. Sie trugen mit ihrer Anwesenheit entscheidend dazu bei, dem Partei-Kongress der PSOE eine historische Dimension zu verleihen. Die Präsenz all dieser Botschafter des demokratischen Europas verfehlte ihre Wirkung in einer Gesellschaft nicht, in der die Menschen aus tiefster Seele das Ende der Isolation, der sie die Diktatur Francos unterworfen hatte, herbeisehnten. Auch die PSOE und vor allen Dingen ihr Parteichef, dessen Popularität in den Augen Konieckis proportional zur Zunahme der europäischen Freunde wuchs, profitierte vom Durst der Spanier nach neuen Horizonten:

„Diese Unterstützung hat dazu geführt, dass Felipe González, vor einem Jahr ein praktisch Unbekannter in Spanien, zu einer politischen Figur internationalen Ranges aufgestiegen ist und als relevanter Bezugsrahmen des ‚sozialistischen Lagers‘ in Spanien angesehen wird.“³⁴

Zu Beginn des Jahres 1977 finanzierte die *Friedrich-Ebert-Stiftung* eine soziologische Studie über die politischen Vorlieben der Spanier. Sie diente als Grundlage für die Erarbeitung des Parteiprogramms und der Wahlkampfstrategie. Die Partei entschied sich, ein Bild der Moderne, Mäßigung und europäischen Orientierung zu bieten und jeglichen Hinweis auf die Vergangenheit, insbesondere die Republik und den Bürgerkrieg, zu verbannen. Die vorgeschriebenen Programm- und Organisationspunkte würden strikt und ausnahmslos eingehalten werden. Auf Wunsch der PSOE verlegte die SPD in Deutschland Zehntausende von LPs mit Flamencomusik, die während des Wahlkampfes verkauft werden sollten. Als die Spanier den Waggon des Güterzuges mit den Schallplatten *PSOE, salud!* im Süden Frankreichs in Empfang nahmen, waren sie entsetzt. Auf der Rückseite des Plattencovers hatten die Deutschen einen zu linkslastigen Text von Felipe González abdrucken lassen, und zu allem Überfluss war auch noch die Fahne der spanischen Republik abgebildet. Als die Parteileitung in Madrid darüber informiert wurde, erließ sie die Order an die Genossen in Südfrankreich, die Platten zu vernichten.³⁵

Weitaus erfolgreicher waren die deutschen Sozialdemokraten mit ihrem Rat an die spanischen Genossen in Bezug auf wichtige Schlüsselaspekte der Wahlkampfkampagne. Im März 1977 veranstaltete die *Friedrich-Ebert-Stiftung* ein

34 Bericht von Dieter Koniecki über die PSOE vor ihrem XXVII Kongress, 4.12.1976, AdsD, DGB Archiv 24/1371.

35 José Martínez Cobo, *Recuerdos fraternales. España desde el exilio*, Madrid 2009, 265.

Seminar in Deutschland für die Wahlkampforganisatoren der PSOE. Die Gastgeber legten den spanischen Genossen wärmstens ans Herz, die Attraktivität ihres „charismatischen Leaders“ aufs Beste auszunutzen und den Wahlkampf auf ihn zuzuschneiden. Die Spanier waren empört über einen solchen Vorschlag, denn nach fast vierzig Jahren Franco-Personenkult war es für die PSOE undenkbar, den Wählern ihren Kandidaten als Hauptattraktivität zu präsentieren. Für den letzten Seminartag stand ein Besuch bei der Werbeagentur ARE von Harry Walter auf dem Programm. Von ARE waren die erfolgreichen Wahlkämpfe von Willy Brandt und Helmut Schmidt entworfen worden. Im Angesicht des riesigen Medienaufgebotes änderten die spanischen Gäste ihre Meinung und akzeptierten, den Wahlkampf auf die Person Felipe González zu konzentrieren.³⁶

Die Wahlkampfkampagne der PSOE bestand dann auch aus schlichten Argumenten, vielen Luftballons, Musik und einfachen und eingängigen Slogans. Es kamen weder geballte Fäuste noch irgendwelche Referenzen auf die Vergangenheit darin vor. Alles drehte sich um den Parteivorsitzenden und Wahlkampf-kandidaten. Mit einem modernen, von der Partei angemieteten Jet erschien der „Wirbelwind Felipe“ an ein und demselben Tag an allen vier Ecken des Landes, um dort an riesenhaften Wahlkampfveranstaltungen teilzunehmen, die ganze Fußballstadien oder Stierkampfarenen füllten. Felipe war ein Mann des Volkes, nah, jung und attraktiv. Mit ihm konnten sich weite Schichten der Bevölkerung identifizieren. Er hatte einen warmen und alle ansprechenden Sprachstil, fernab jeder Aggressivität. Seine öffentlichen Auftritte vermittelten gleichzeitig die Sicherheit eines erfahrenen Politikers mit profunden Kenntnissen und internationaler Erfahrung. González sprach häufig von seinen „sozialistischen Freunden“ in Europa, mit denen Spanien seinen so heiß begehrten Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verhandeln werde.³⁷

Am 15. Juni 1977 erlebte Spanien die ersten demokratischen Wahlen der Post-Franco-Ära. Das daraus resultierende Parlament erarbeitete die Verfassungsvorlage, die dem spanischen Volk zur Abstimmung im Dezember 1978 vorgelegt wurde. Die frisch gegründete Partei des amtierenden Premierministers Adolfo Suárez *Unión de Centro Democrático (UCD)* gewann diese ersten Wahlen mit 34,6%, erreichte aber nicht die absolute Mehrheit. Entscheidend dafür war das Abschneiden der PSOE, deren 29,4 % die optimistischsten Erwartungen übertrafen. Mit diesem traumhaften Ergebnis erfüllte die PSOE locker ihre für die erste Phase des Übergangs gesteckten Hauptziele: zum einen,

36 Bericht von Dieter Schneider über das Studienseminar für Wahl-Organisatoren aus Spanien in der Bundesrepublik Deutschland, 24.3.1977, AdsD, FES Hausakten 10160.

37 Santos Juliá, *Los socialistas en la política española*, 477 ff.

die wichtigste Partei im linken Parteispektrum, und zum anderen, eine wirkliche Regierungsoption zu werden. Das Vertrauen der Kommunisten, ihre Vormachtstellung im Antifranquismus in ein Meer an Wählerstimmen verwandeln zu können, wurde schwer enttäuscht. Die Wahlen schufen auch Klarheit zugunsten der PSOE in Bezug auf die verschiedenen sozialistischen Anwärter. Keine der angehenden Parteien und Wahlgruppierungen erhielt genug Stimmen, um im Parlament präsent zu sein. Bald setzte eine massive Mitgliederflucht von diesen Parteien und Gruppierungen in Richtung PSOE ein und ließ erstere kollabieren. So wurde die PSOE die alleinige Herrscherin der demokratischen Linken.

Das Wahlergebnis und die regionale Verteilung der PSOE im Juni 1977 stimmten ungefähr mit dem Ergebnis der letzten demokratischen Wahlen im Februar 1936 überein. Dieser Parallele schien den von der Parteileitung geförderten Eindruck zu bestätigen, dass die Partei tief in der „Erinnerung“ der Spanier verankert sei. Die Idee, die PSOE sei die Referenzpartei für die Verteidigung der Ideale der Demokratie, Gleichheit und Freiheit, sei von einer Generation an die nächste weitergegeben worden. Überzeugt davon, dass die PSOE vorprogrammiert war für den Erfolg nach der Diktatur, eignete sich die Mehrheit der Mitglieder auf natürliche Art und Weise den Mythos an, dass die von den europäischen Genossen und insbesondere der deutschen Sozialdemokraten geleistete Unterstützung kaum zur Wiedererstehung der Partei beigetragen habe. Die wenigen Mitglieder der PSOE-Führung, die eng mit Dieter Koniecki arbeiteten, waren natürlich anderer Meinung und wandten sich kurz nach den Wahlen an ihn, um nun gemeinsam die Hauptstrategien für die nächste Etappe des gemeinsamen Projekts zu entwerfen. Die Wahlen hatten sowohl die PSOE als auch die UGT an den Rand ihrer Kräfte gebracht, und das nicht nur in Bezug auf die finanziellen Ressourcen. Die Mehrheit der leitenden Mitglieder war entweder als Abgeordnete ins Parlament oder als Senatoren in den Senat gewählt worden. Die hieraus resultierende organisatorische Leere machte sich insbesondere auf Provinzebene bemerkbar und konnte gravierende Konsequenzen bei den nächsten Gewerkschaftswahlen und Kommunalwahlen haben. Die PCE mit ihren außerordentlich mobilen Aktivisten würde diese Situation zu nutzen, denn sie hatten in der Diktatur im Gegensatz zu den Sozialisten langjährige Erfahrungen der Arbeit im Untergrund angesammelt. In Fabriken, Werkstätten und Nachbarschaften waren sie bekannt und anerkannt. Die Sozialisten aber wurden im Allgemeinen als Neulinge ohne Erfahrung angesehen. Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* hatte für die nächsten Jahre eine intensive Arbeit vor sich, mit der sie weiterhin die Struktur und Personaldecke der PSOE und UGT würde stärken müssen.³⁸ Das sollte bis zu dem Zeitpunkt andauern, an dem die Sozialisten an die Regierung kamen, Ende 1982.

Schlussfolgerungen

Im Laufe der letzten fünfzig Jahre haben die deutschen politischen Stiftungen Hunderte von Projekten auf allen fünf Kontinenten durchgeführt. Keines dieser Projekte war so erfolgreich wie die der *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Spanien und Portugal in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, als beide Länder äußerst komplexe Demokratisierungsprozesse durchliefen. Im spanischen Fall lag das Geheimnis des Erfolges der *Ebert-Stiftung* insbesondere im enormen Potenzial ihres Partners, der PSOE. Die Partei verfügte einerseits über einen charismatischen Vorsitzenden und andererseits über eine Strategie, die mit der des spanischen Königs absolut kompatibel war. Aber ebenso verfügte die PSOE über eine Botschaft, die dem Wunsch der Mehrheit der spanischen Gesellschaft entsprach, an einem demokratischen und fortschrittlichen Europa teilzuhaben. Obwohl die spanischen Sozialisten sich zu jeder Zeit darüber bewusst waren, dass die Bundesrepublik mit ihrer Intervention auf der iberischen Halbinsel handfeste Interessen des Westens verteidigte, sahen sie in der Unterstützung der *Friedrich-Ebert-Stiftung* doch einen Akt der „Solidarität“ zwischen zwei Schwesterparteien. Genau dies war auch die Sichtweise der deutschen Sozialdemokraten. Für sie ging die massive Unterstützung der spanischen Sozialisten immer über schlichtes politisches Kalkül weit hinaus. Das deutsche Volk hatte durch das Dritte Reich zur Zerstörung der demokratischen Republik in Spanien beigetragen und Schuld auf sich geladen. Dieter Koniecki hat mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass das viele Geld, welches die *Ebert-Stiftung* in Spanien während des Übergangs zur Demokratie ausgegeben hat, nicht einmal halb so viel wie die Bomben wert war, welche die Luftwaffe über Guernica abgeworfen hatte.³⁹

Aus einer historischen Perspektive betrachtet, besteht kein Zweifel an der Besonderheit der Beziehungen innerhalb dieses konkreten Zeitraumes zwischen der deutschen Sozialdemokratie auf der einen und dem spanischen Sozialismus auf der anderen Seite. Es handelt sich daher wohl um eine einmalige Übereinstimmung von Solidarität und Realpolitik, die so schwerlich wiederholbar ist.⁴⁰

Übersetzung aus dem Spanischen: Heike Martínez Figueirido

38 Halbjahresbericht 1977 vom Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid, 15.7.1977, AdsD, Nachlass Bruno Friedrich 1541.

39 „Flick, Flock y la Legión Cóndor“, El País, 30.6.2001.

40 Antonio Muñoz Sánchez, El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia, Barcelona 2012.

Zu den Autorinnen und Autoren/ Notes on Contributors

Françoise Blum

Françoise Blum is an *Ingénieur de recherche* at the *Centre d'histoire sociale du XXe siècle* (CNRS/Université Paris 1 Sorbonne). She is working about social movements in French speaking Africa during the sixties – May 68 in Senegal and May 72 in Madagascar, trade-unionist and students' networks and their transnational connections. Furthermore, she is elaborating a data basis about African social movements' archives.

Michael Bohnet

Professor für Volkswirtschaftslehre. Nach Tätigkeiten beim IFO-Institut in München von 1973–1974 Mitarbeiter und später bis 1982 Leiter der Planungsgruppe des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ). Von 1983–2002 Leiter des UN-Referats, anschließend des Inspektionsreferats des BMZ und der multilateralen und der bilateralen Abteilung des BMZ. Zentraler Verhandler bei acht großen Weltkonferenzen und stellvertretender Staatssekretär im Entwicklungsministerium. Derzeit Beauftragter des BMZ für die neuen EU-Länder. Mehrere Buchpublikationen, zuletzt: *40 Jahre Brücken zwischen Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik*, Bonn 2010.

Kim Christiaens

born in 1985, doctoral research fellow at the Subfaculty of History of the *Katholieke Universiteit Leuven* (Flanders). His research and publications focus on North-South and East-West Solidarity Movements during the Cold War, the role of state and non-state actors in transnational networks, and international labour solidarity. He is also a junior member of the *Leuven Centre for Global Governance Studies*, *Jean Monnet Centre of Excellence* of the European Union. He is co-editor of the volume: *The Transnationality of Social Movements* (2011) in *Revue belge de Philologie et d'Histoire*, and organizer of the international project „European Solidarity with Chile, 1970s–1980s“.

David C. Engerman

Born in 1966, Professor of History at Brandeis University, where he has taught since receiving his PhD from the University of California-Berkeley in 1998. His prior books, *Modernization from the Other Shore* (Harvard University Press, 2003) and *Know Your Enemy* (Oxford University Press, 2009) analyzed American views of Russia and the USSR since the middle of the nineteenth century. His current work examines American and Soviet aid competition in India from the 1950s through the 1970s. It is supported by grants and fellowships from the *Kennan Institute for Advanced Russian Studies*, the *American Institute of Indian Studies*, and the *American Council of Learned Societies*.

Ulrich van der Heyden

Jg. 1954, Dr. phil. et Dr. rer. pol. habil., Privatdozent am *Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft* an der Freien Universität Berlin und wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Seminar für Religions- und Missionswissenschaft sowie Ökumenik* der Humboldt-Universität zu Berlin. Afrika- und Kolonialhistoriker sowie Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Afrika und Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. Herausgeber unter anderen der Buchreihe *Die DDR und die Dritte Welt*. Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zu Kolonial- und Afrikageschichte, Postkolonialen Studien, Missionsgeschichte, Geschichte und Politik Südafrikas, sowie europäischer Entdeckungsgeschichte, zur Thematik: *The development of political relations between the German Democratic Republic (GDR) and Southern Africa from c. 1960 to 1990* (erscheint 2012 in Durban); *Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die „geheimen“ Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime*, Münster 2005; *Kalter Krieg in Ostafrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania* (Hg. mit Franziska Benger), Münster/Hamburg 2009.

Fritz Keller

Jg. 1950, Gewerkschaftsaktivist und Lehrbeauftragter am *Institut für Zeitgeschichte* der Universität Wien. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zur Geschichte der Jugend- und ArbeiterInnenbewegung, zuletzt: *Rosa Luxemburg – Denken und Leben einer internationalen Revolutionärin*, Wien 2008; *Gelebter Internationalismus – Österreichs Linke und der algerische Widerstand (1958–1963)*, Wien 2010.

Reinhart Kössler

Prof. Dr., researcher at the *Arnold Bergstraesser Institut*, Freiburg, Germany, teaches political science at the University of Freiburg. His interests include theory of development, social theory, political institutions, ethnicity, the colonial state, memory politics and the region of Southern Africa. Among the many relevant publications in the thematic field: *Globale Solidarität? Eine Streitschrift* (together with Henning Melber), Frankfurt/Main 2002.

Konrad J. Kuhn

Jg. 1978, Dr. phil, Wissenschaftlicher Assistent am *Seminar für Kulturwissenschaft/Europäische Ethnologie* der Universität Basel und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Zürich. Forschungs- und Interessensfelder: Geschichte der Entwicklungspolitik, Geschichte sozialer Bewegungen, Geschichte des alpinen Tourismus, Geschichts- und Erinnerungskultur, Brauch-/Ritualforschung, *postcolonial studies*. Publikationen: *Entwicklungspolitische Solidarität. Die Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz zwischen Kritik und Politik (1975–1992)*, Zürich 2011; *Im Kampf gegen das „heimliche Imperium“ – Entwicklungspolitik und postkoloniale Kritik in der Schweiz seit 1970*, in: Patricia Purtschert et al. (Hg.), *Postkoloniale Schweiz – Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*, Bielefeld 2012, 267-287; *Liberation struggle and Humanitarian Aid – International Solidarity Movements and the „Third World“ in the 1960s*, in: Samantha Christiansen/Zachary A. Scarlett (Eds.), *The Third World in the Global Sixties*, New York/Oxford 2012.

Sara Lorenzini

Born in 1974, Senior Researcher and Adjunct Professor for International History at the *School of International Studies* of the University of Trento, Italy. Her research interests include North-South relations during the Cold War, German (East and West) and Italian foreign policy after 1945. Book on the subject: *Due Germanie in Africa: la cooperazione allo sviluppo e la competizione per i mercati di materie prime e tecnologia*, Firenze 2003. She is currently writing a history of development assistance during the Cold War.

Antonio Muñoz Sánchez

Jg. 1971, Dr. phil, Postdoctoral Research Fellow am *Instituto de Ciências Sociais da Universidade de Lisboa*. Forschungsfeld: Geschichte der deutsch-iberischen Beziehungen nach 1945 (Politik, Migration, Sozialismus, Demokratieförderung). Aktuelle Buchpublikation: *El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia* (Barcelona 2012). Aktuelles Forschungsfeld: Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Demokratisierungsprozesse in Portugal und Spanien.

Berthold Unfried

Jg. 1960, Dozent am *Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* der Universität Wien. Aktuelle Buchpublikation: *Abgeltung von historischem Unrecht. Entschädigung und Restitution in einer globalen Perspektive* (erscheint 2012). Aktuelles Forschungsfeld: „Entwicklungshilfe“ und „sozialistische Hilfe“ als Globalisierungsunternehmen in Zeiten der Systemkonkurrenz, 1970–1990. Relevante Publikation dazu zuletzt: *Entwicklungsexpert/inn/en*, Themenheft des *Journal für Entwicklungspolitik* 3/2010.